

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #02/2017

---

21. Januar 2017

Die Fragen stellte Lisa Niermann, Bachelorstudentin der Politik- und der Medienwissenschaften an der Universität Mannheim.

### **Lisa Niermann:**

*Frau Bundeskanzlerin, in der kommenden Woche treffen Sie Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Sie tauschen sich mit den Kommunen regelmäßig über die Asyl- und Flüchtlingspolitik aus. Was erhoffen Sie sich durch diese Gespräche?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Wir haben, als die Zahl derer, die angekommen sind, sehr, sehr hoch war, festgestellt, dass es doch gut ist, sich ganz gezielt auch an die kommunalen Spitzenverbände zu wenden. Wir haben regelmäßige Gespräche mit den Ländern, aber der Informationsfluss ist doch besser, wenn man auch direkt auf die Anliegen der Kommunen eingehen kann. Und klar ist natürlich: Die Kommunen sind der Ort, an dem die Arbeit stattfindet, die Ankünfte gemanagt werden müssen. Die Ausländerbehörden sind dort angesiedelt, die Sozialbehörden sind dort angesiedelt, die Sprachkurse müssen vor Ort durchgeführt werden. Und die Rückführungen müssen natürlich auch von den kommunalen Verbänden ausgehend geleistet werden. Das heißt, das Gespräch hat sich bewährt, und die Gesprächsgegenstände haben sich verändert, weil die Zahl der ankommenden Flüchtlinge jetzt ja geringer geworden ist. Dafür stehen Themen der Integration und der Rückführung stärker im Vordergrund. Aber ich freue mich, auch in diesem Jahr diese Gespräche weiter führen zu können.

*Die Kommunen tragen die Hauptlast der Flüchtlingskrise und erleben die Integration direkt vor Ort. Viele fühlen sich allein gelassen und beklagen, dass der Bund nur bis 2018 begrenzt bezahlt und das Geld von den Ländern nicht weitergegeben wird. Wie wollen Sie den Frust bei den Helfern vor Ort und bei den Kommunen lösen?*

Es gibt eine ganze Reihe von Leistungen, die übernimmt der Bund – die Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz, die Kosten der Sprachkurse. Dann gibt es in der Tat das Gebiet, wo Geld über die Länder an die Kommunen weitergereicht wird. Hier gibt es auch zum Teil unterschiedliches Länderverhalten, das ist richtig, aber die Länder sind für die Kommunen verantwortlich. Und letztlich muss es zwischen den Landesregierungen und den kommunalen Spitzenverbänden im Bundesland dann austariert werden. Was die Begrenzung der Mittel bis 2018 anbelangt, so haben wir schon bei der Verabschiedung gesagt, dass wir dann natürlich im Laufe dieses Jahres jetzt besprechen werden, wie es dann nach 2018 weiter geht. Aber das konnten wir bei Verabschiedung des Integrationsprogramms noch nicht, weil wir noch gar keine richtige Vorstellung hatten: Wie viele kommen denn nun wirklich, wie viele haben einen Daueraufenthalt in Deutschland? Das muss erst geklärt werden, und das ist auch im Interesse der Kommunen, das zeitnah zu machen und nicht dann, wenn wir noch gar keine richtigen Daten haben.

*In letzter Zeit wird immer positiver über die Integration in Deutschland berichtet. Die Zahl der ehrenamtlichen Helfer steigt. Auf der Website „Deutschland-kann-das“ kann man sich über 1.000 Initiativen anschauen, die den Flüchtlingen bei der Integration direkt helfen. Wie schätzen Sie ganz allgemein das bürgerliche Engagement in Deutschland ein?*

Ich finde, dass hier etwas Großartiges gelungen ist, und möchte die Gelegenheit auch nehmen, sowohl den Ehrenamtlern zu danken, aber auch den vielen Hauptamtlichen, die mit diesen Initiativen natürlich zusammenarbeiten. Wir hätten das nicht so hingekriegt, wenn wir nicht die vielen Bereitschaften gehabt hätten, ehrenamtlich tätig zu sein. Und es gibt ja auch heute noch so viele, die sich kümmern und wirklich Vieles machen. Ich treffe mich auch mit den Nichtregierungsorganisationen, den Ehrenamtlern und ihren Organisationen, eigentlich sehr regelmäßig. Auch dort tauschen wir uns aus: Woran mangelt es, was gelingt besser und gut? Und insofern, glaube ich, kann Deutschland da schon stolz sein, auf das, was auf diesem Gebiet wirklich geleistet wird. Und ich bekomme auch des Häufigeren von Flüchtlingen Briefe, die sich bedanken – für das, was sie auch erleben dürfen. Und das ist dann vielleicht ja auch etwas Schönes.

*Viele Menschen diskutieren über die Lebensqualität in Deutschland. Einige sind verunsichert, weil sie nicht wissen, welche Zukunft sie in diesem Land erwartet. Vor allem Flüchtlinge, die vor Krieg, Hunger oder Verfolgung fliehen, kommen in diesem Land an und fragen sich: Wie sieht ein Leben in Deutschland aus? Was ist Ihre Antwort auf die Fragen dieser Menschen?*

Ja, wir haben als ganze Bundesregierung in dieser Legislaturperiode einen sehr umfassenden Bürgerdialog durchgeführt und haben gefragt: Wie stellen sich Menschen ein gutes Leben in Deutschland vor? Und da haben die beiden Themen Frieden und Sicherheit eine zentrale Rolle gespielt. Und das sind ja auch gerade Themen, die Flüchtlinge, die bei uns ankommen, umtreiben. Aber das treibt auch die Menschen um, die die Familien haben, die älteren Menschen. Und deshalb ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit, natürlich gerade im Sicherheitsbereich mehr zu tun, auch Lücken aufzuklären – jetzt gerade nach dem schrecklichen islamistischen Anschlag am Breitscheidplatz –, immer wieder die richtigen Lehren daraus zu ziehen, aber auch Wohnungseinbrüche besser zu verfolgen. Wir haben eine Vielzahl von Gesetzen geändert und vor allen Dingen auch das Personal aufgestockt, damit auch mehr Menschen da sind, die sich wirklich dieser Aufgabe widmen können. Und ich will die Gelegenheit dieses Video-Podcasts denn auch nutzen und einfach noch mal all unseren Sicherheitskräften Danke sagen. Denn es ist oft keine leichte Arbeit. Sie werden oft behindert an ihrer Arbeit – Feuerwehrleute, Polizisten –, wenn sie helfen wollen. Und deshalb: Dankeschön für ihren Einsatz!